© Dominika Hörstel

Christoph R. Hörstel

Christoph R. Hörstel, geboren 1956, war nach Wehrdienst und Studium ab 1985 als Sonderkorrespondent der ARD, Nachrichtenmoderator und leitender Redakteur tätig. Er verfügt über 22 Jahre Erfahrung in Afghanistan, Pakistan, Kaschmir, Iran und Irak. Im Rahmen verschiedener Lehraufträge und publizistischer Tätigkeit widmet er sich kontinuierlich den islamistischen Bewegungen und dem Terrorismus. 2001 gründete er die Regierungs- und Unternehmensberatung Hörstel Networks.

Kontakt Christoph R. Hörstel
Hörstel Networks
Oslostraße 5
81829 München
Deutschland

Der Krieg in Afghanistan ist militärisch niemals zu gewinnen

Adelbert Reif im Gespräch mit dem Afghanistan-Experten Christoph R. Hörstel

Dass der Krieg in Afghanistan – ebenso wie der Krieg im Irak – vom Westen militärisch nicht gewonnen werden kann, steht für alle unabhängigen Beobachter längst außer Zweifel. Dennoch versuchen führende EU-Politiker wider besseres Wissen, der europäischen Öffentlichkeit ein positiv gefärbtes Bild der Lage in Afghanistan zu vermitteln, das mit der realen Situation vor Ort so gut wie nichts gemein hat. In seinem kürzlich erschienenen Buch „Sprengsatz Afghanistan" (Knaur Taschenbuch, München 2007) setzt sich Christoph R. Hörstel, der als Sonderkorrespondent, Nachrichtenmoderator und Redakteur über 22 Jahre Erfahrung in der Region verfügt, mit der sich zunehmend verschärfenden Entwicklung in Afghanistan und ihren zu erwartenden Auswirkungen auf Europa auseinander.

conturen: Herr Hörstel, Ihr Buch „Sprengsatz Afghanistan" trägt zwar den Untertitel „Die Bundeswehr in tödlicher Mission". In der Realität trifft die Bezeichnung „tödliche Mission" jedoch für sämtliche an der „Operation Enduring Freedom" beteiligten ausländischen Kräfte zu. Wie schätzen Sie die gegenwärtige Lage in Afghanistan ein?

Rapide Verschlechterung in den letzten Jahren

Hörstel: Die Lage in Afghanistan ist gekennzeichnet durch eine in den letzten drei, vier Jahren rapide fortschreitende Verschlechterung. Durch meine intensiven Recherchen vor Ort, und zwar beiderseits der Grenze, nämlich in Pakistan und Afghanistan, musste ich feststellen, dass diese Verschlechterung offenbar mit Wissen und Willen der US-Regierung stattfindet. Die amerikanischen Militärs, unterstützt durch britische und andere Streitkräfte, fahren in Afghanistan eine Eskalationsstrategie, die beispielsweise die deutsche Bundesregierung ihren Bürgern verheimlicht. Sie beschönigt vielmehr regelmäßig die tatsächliche Entwicklung im Land.

conturen: Aber selbst die offiziellen Berichte vermelden kaum eine positive Entwicklung...

Probleme werden nicht offen angesprochen

Hörstel: Dennoch sind Meldungen mit dem Inhalt, in den Erklärungen der Bundesregierung zur Lage in Afghanistan würden die Probleme „offen angesprochen" werden, grundfalsch. Diese Probleme werden absolut nicht offen angesprochen. Da wird gesagt, die Drogensituation habe sich verschlechtert. In Wahrheit bewegt sich der Drogenanbau auf einem gewaltig hohen Niveau – 92 Prozent der Weltmarktproduktion an Heroin kommen aus Af-

Der Anbau von Drogen nahm in einem Jahr um 30 Prozent zu

ghanistan – und er ist in diesem Jahr noch einmal um 30 Prozent gestiegen. Es handelt sich hier also um eine gravierende Verschlechterung. Auch haben wir nicht nur eine Verschlechterung der Sicherheitslage oder die Notwendigkeit, die dortige Polizei zu trainieren, sondern wir haben eine Situation, in der die Polizei gar nicht arbeitsfähig ist, nicht zuletzt deshalb, weil die Spitzen des afghanischen Innenministeriums in den Drogenhandel verwickelt sind. Grundsätzlich verschwiegen wird auch, dass die meisten Drogenwarlords durch die USA mit einer mündlichen, täglich widerrufbaren Lizenz für Drogenanbau und für Handel ausgestattet sind. Die USA selbst betreiben das Geschäft aktiv. Dazu liegt uns Hintergrundliteratur in Gestalt des Lebenswerks des amerikanischen Wissenschaftlers Alfred W. McCoy vor, in Deutschland verlegt bei Zweitausendeins. McCoy spricht von der „Heroinpolitik der CIA“ und hat die Materie seit vielen Jahren weltweit untersucht. Das Erscheinen seines Buches musste gegen eine ganze Riege von Anwälten der CIA durchgesetzt werden. Das heißt, die darin aufgeführten Fakten sind hieb- und stichfest und unsere Politiker täten gut daran, sich mit ihnen vertraut zu machen.

USA betreiben das Drogengeschäft selbst aktiv

Die Privatarmee des ehemaligen Verteidigungsministers…

Der größte Drogenwarlord in Nordafghanistan ist der ehemalige Verteidigungsminister Afghanistans Muhammad Qazim Fahim. Er hat laut westlichen Pressequellen zwischen 3.000 und 15.000 Mann unter Waffen. Wenn wir uns vorstellen, dass Fahim ein Drittel des afghanischen Drogenmarktes allein kontrolliert – der größte Drogenwarlord ist übrigens nach Erkenntnissen der CIA und des BND schon seit langem Ahmed Wali, ein Bruder des Präsidenten –, dann führt das zu der Erkenntnis, dass die USA offensichtlich auf zwei Sicherheitsstrukturen in der von Deutschland verantworteten Nord-Region bauen: nicht auf die offiziellen, sondern auf Fahim und auf die deutschen Truppen. Diese halten einander gegenseitig in Schach. Jedenfalls ist eine Sicherheit der deutschen Truppe gegen den Willen von Fahim nicht denkbar. Und umgekehrt ist nicht denkbar, dass Fahim entscheidende Schritte unternimmt, mit denen die USA nicht einverstanden wären.

… der ein Drittel des Drogenmarktes in Afghanistan kontrolliert

conturen: Und wie beurteilen Sie die Lage im Süden?

Hörstel: Im Süden haben wir eine Situation, in der, wenn man der britischen Außenministerin Margaret Beckett Glauben schenken will, absichtlich nur wenig Entwicklungshilfe geleistet wird. Dort erleben die Menschen nur den so genannten Anti-Terrorkampf. Durch die stark erhöhte Kampftätigkeit in Verfolgung der Taliban oder anderer Kräfte hat der Westen es geschafft, die gesamte Bevölkerung gegen sich aufzubringen, mit dem Ergebnis, dass wir heute Zwei Drittel Afghanistans in der Hand der Taliban sehen. In zwei Dritteln des Landes hat die Regierung mithin nichts zu sagen. Das geht soweit, dass im Süden die Menschen lieber zu den Taliban-Richtern gehen, als zu den offiziellen Gerichten, weil die Taliban fair urteilen und nicht korrupt sind. Das gesamte Gerichtswesen Afghanistans ist sozusagen nicht existent. Es sei korrupt und kaputt, sagen auch weltweit renommierte Experten, die in unseren Medien kaum Gehör finden.

Kampfhandlungen gegen die Taliban haben die Bevölkerung aufgebracht

Misserfolg beim Aufbau einer Nationalarmee

Die afghanische Armee verfügt nach jüngsten Angaben über 16.000 Mann, während für dieses Jahr 70.000 Mann angepeilt waren. Offiziell wird behauptet, es gebe eine Stärke von 37.000 Mann, von denen 16.000 Mann verfügbar wären. Darin liegt das Eingeständnis des kompletten Misserfolgs beim Aufbau der afghanischen Nationalarmee. Bei der Polizei bestehen enorme Probleme durch deren Verwicklung in den Drogenhandel. Konkret sieht die Situation so aus, dass man 100.000 Dollar bezahlt, um für ein halbes Jahr einen normalen Distriktpolizeiposten zu bekommen. Dieses Geld muss man natürlich durch illegalen Drogenhandel wieder verdienen. Laut der Organisation Tribal Liaison Office, die von der Friedrich Ebert Stiftung unterstützt wird und u.a. als heimlicher Datensammler für die CIA arbeitet, erhält in Afghanistan niemand eine höhere Polizeifunktion ohne Abstimmung mit dem örtlichen Drogenwarlord. Das ganze Gerede vom notwendigen Training für die afghanische Polizei und die Anstrengung der Europäische Union, 200 Trainer nach Afghanistan zu entsenden, gehört zu den lügenhaften Beschönigungen, mit denen nicht nur die deutsche Regierung das Scheitern ihres Afghanistan-Engagements zu kaschieren versucht. Die Realität vor Ort sieht völlig anders aus.

Spitzen der Polizei werden im Einvernehmen mit den Drogenbossen ernannt

conturen: Sie sprechen in Ihrem Buch vom „verheerenden Ergebnis“ des bisherigen Afghanistan-„Engagements“. Worin besteht dieses verheerende Ergebnis?

Hörstel: Die afghanische Bevölkerung merkt, dass hier Truppen am Werk sind, die sich anders verhalten, als sie nach außen – und vor allem bei sich zu Hause – erklären. Und sie stellt natürlich fest, dass verstärkt und massenhaft Bombardements stattfinden, gerade seit Einsatzbeginn der deutschen Aufklärungstornados. Im zivilen Feld führte das zu zahlreichen Opfern. Nach meiner Rechnung hat die westliche Koalition in Afghanistan seit Ende 2001 etwa 20.000 Zivilisten umgebracht. Ein Teil dieser Berechnung wird gedeckt durch Untersuchungen der New Hampshire University in den USA. Weitere Ergebnisse beziehen sich auf afghanische Quellen und auch auf Zählungen von Attacken insgesamt. Wir wissen sehr genau, wie solche Attacken seitens der westlichen Truppen ablaufen: Beim Angriff auf eine Taliban-Gruppe oder bei der Verwicklung in ein Gefecht wird Luftunterstützung angefordert, insbesondere dann, wenn es sich um einen Hinterhalt der Taliban handelt, in den ein westlicher Verband geraten ist. Das Bombardement erfolgt dann mit 500 Kilogramm-Bomben, die enorme Löcher in die Erde reißen. In einem Umkreis von 20 Metern kann nichts überleben.

Zahlreiche zivile Opfer bei Bombardements

Im Umkreis der Bombenabwürfe überlebt niemand

Es ist vollkommen klar, dass es sich bei solchen Einsätzen um einen Overkill handelt, dem auch Zivilisten zum Opfer fallen, weil die Taliban aus Gebieten heraus agieren, in denen Zivilisten leben. Täten sie das nicht, würden sie bei flächendeckenden Bombardements sehr schnell aufgerieben werden. Aber selbst wenn den westlichen Verbänden bekannt ist, dass hier oder dort gar keine Taliban mehr vorhanden sind, werden Zivilisten bombardiert. Fälle dieser Art wurden längst im einzelnen nachgewiesen. Solche Bombardements auf Lokalitäten, in denen sich nur mehr Frauen,

Taliban verstecken sich hinter Zivilisten

Kampf gegen Frauen, Kinder und alte Männer

Kinder und alte Männer aufhalten, also kampfunfähige Personen, erfolgen in Absprache mit den westlichen Sicherheitskräften vor Ort, die dann vor Beginn der Bombardements die Ortschaft verlassen. Ganze Dorfbevölkerungen wurden auf diese Weise ausgerottet.

conturen: Welchen Sinn haben solche Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung?

Vergewaltigungen auf amerikanischen Stützpunkten

Hörstel: Es sind willkürliche Aktivitäten der westlichen Truppen. Sie zeichnen sich außerdem durch Verhaften, Foltern, jahrelanges Festhalten von Menschen und auch Vergewaltigen von Frauen oder Freigabe von Frauen zur Vergewaltigung durch Afghanen aus. Menschenrechtsorganisationen klagen diese Verbrechen, wie sie vornehmlich auf amerikanischen Stützpunkten geschehen, immer wieder an, so auch Amnesty International in ihrem jüngsten Report. Hierzu gehören auch die Verbringungen von Afghanen nach Guantanamo und in andere angemietete oder im US-Auftrag beschäftigte Foltergefängnisse in der arabischen Welt, etwa in Marokko oder Syrien und in Europa in Polen und Rumänien. Alle diese westlichen Schandtaten und Verbrechen, in denen vor allem Verachtung gegenüber dem afghanischen Volk zum Ausdruck kommt, sprechen sich natürlich in Afghanistan herum.

Entehrung durch die Truppen

Hinzu kommen die ehrverletzenden Maßnahmen. Wenn bei Truppenaktionen Dorfgesellschaften brutal auseinandergerissen werden und westliche Militärs die Frauen von ihren Männern trennen und in Stacheldrahtverhaue zwängen, dann bedeutet das aus afghanischer Sicht deren Entehrung. Auch das Nacktausziehen von Häftlingen und das unsittliche Berühren sind Methoden, die benützt werden, um Menschen zu entehren und Persönlichkeiten zu brechen. Betroffen sind von diesen Maßnahmen nicht nur Taliban, sondern auch Menschen, die einfach an einem bestimmten Platz gelebt haben, gefangen genommen wurden und in diese amerikanische Mühle der Eskalation von Menschenrechtsverletzungen gerieten, die natürlich auch von Briten, Kanadiern und anderen Koalitionspartnern mitbetrieben wird. Ein solches Ausmaß von Menschenverachtung übersteigt einfach jedes Verständnis und angesichts dieser zivilfeindlichen Strategie des Westens ist es denn auch nicht weiter verwunderlich, dass die Taliban inzwischen die Unterstützung oder Duldung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung erlangt haben: Die Menschen identifizieren sich zunehmend mit den Zielen der Taliban. Hier hat der Westen Herzen und Köpfe der Afghanen längst verloren. Nach einer BND-Quelle trug der Einsatz der deutschen Tornados in Afghanistan wesentlich zur schlechten Stimmung der afghanischen Bevölkerung gegenüber Deutschland bei.

Menschenverachtende Maßnahmen treiben die Bevölkerung in die Arme der Taliban

conturen: Wie objektiv ist aus Ihrer Sicht die Berichterstattung der deutschen Medien über die Vorgänge in Afghanistan?

Beschönigende oder verlogene Berichterstattung

Hörstel: Etwa 95 Prozent der Berichterstattung in Deutschland über Afghanistan sind beschönigt, ganz oder teilweise verlogen. Davon müssen wir leider ausgehen. Schon allein das Berichterstattungsdelta zwischen Deutschland und den USA ist beträchtlich. In den USA wird bei weitem objektiver und besser berichtet,

wenn auch immer noch insgesamt grotesk falsch, als in der Bundesrepublik. Sogar die „New York Times“, eine Institution der Berichterstattung in den USA, berichtet gewohnheitsmäßig nicht völlig korrekt, aber vieles ist dann eben doch einigermaßen stimmig. Wer sich heute mit der Berichterstattung über Afghanistan, Irak, Iran und ähnliche Brennpunkte befasst, der muss sich aus vielen Quellen informieren, um ein korrektes Bild zu bekommen. Und er kann im Grunde die westlichen Medien nicht sinnvoll nutzen, ohne intensive Erfahrungen vor Ort gesammelt zu haben.

Erst das Studium vieler Quellen vermittelt ein Bild von den Fakten

Schon die Grundlagen des ganzen Afghanistan-Engagements wurden in der laufenden Berichterstattung kaum vernünftig aufgearbeitet. Das strategische Interesse des Afghanistan-Engagements liegt darin, dass die USA seit 30 Jahren eine Doppel-Pipeline durch das Land ziehen wollen – und zwar durch eine eigene, von ihnen beherrschte Firma –, um die Energierohstoffe Öl und Gas hindurchzuleiten, die dann in Dollar abgerechnet werden müssen. Hinzu kommt die neue Erkenntnis vom Vorhandensein weiterer wichtiger strategischer Rohstoffe in Afghanistan wie etwa Beryllium, das für die Elektronikindustrie von großer Bedeutung ist. Deswegen sind die USA da – und nicht wegen einiger bärtiger Herren mit möglicherweise „schrägen“ Ideen.

Die Strategie des Afghanistan-Einsatzes wird vom amerikanischen Profitstreben diktiert

conturen: Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Statements der Politiker zu Afghanistan?

Hörstel: Da gibt es die offiziellen Statements der Politiker, nach denen sich Afghanistan zwar schwierig, aber keineswegs negativ entwickelt und wir die im Grunde positive Entwicklung des Landes weiter unterstützen müssten und uns auf keinen Fall zurückziehen dürften, weil das den Fall ins absolute Chaos bedeuten würde. Das ist mehr oder weniger die offizielle Linie der am Afghanistan-Engagement beteiligten europäischen Regierungen. Dabei handelt es sich jedoch um eine reine Kriegs-Rhetorik. Dieser politische Rahmen ist nichts weiter als eine Propagandaveranstaltung. Unter der Hand weiß man in führenden politischen Kreisen sehr genau, dass es sich hier um eine Sichtweise handelt, die mit den Realitäten nichts zu tun hat. Infolgedessen werden auch hinter dieser propagandistischen Wand völlig andere Szenarien entwickelt und Vorgaben gemacht.

Die Statements der europäischen Regierungen, die sich am militärischen Einsatz beteiligen, sind Kriegs-Rhetorik

So warnt beispielsweise das deutsche Verteidigungsministerium die Truppe vor, sich in Nordafghanistan in Sachen Sicherheit nicht unnötig weit aus dem Fenster zu lehnen. Denn wer schickt seine Soldaten schon in den Tod für eine amerikanisch beherrschte Doppel-Pipeline? Deutschland sucht das zu vermeiden. Der deutsche, in Afghanistan zum Einsatz kommende Panzer „Marder“ hat einen kleinen Gefechtsturm. Für den Transport mit Antonow-Maschinen wird dieser Gefechtsturm abgebaut. Wird er am Bestimmungsort wieder aufgebaut, müsste die Kanone neu kalibriert werden. Dies verbot die zuständige Generalität mit dem Hinweis an die untergebenen hohen Offiziere, man wolle ohnehin nichts treffen. Auch können die deutschen Soldaten mit dem Nachtsichtgerät an Bord dieses Panzers vor Ort gar nicht umgehen, weil sie es nicht trainieren dürfen. Daraus wird ersichtlich, dass es in der deutschen

Ein Panzer, der nicht funktionsfähig ist…

… und Soldaten mit ungenügender Ausbildung

Luftaufnahmen werden zensuriert

Bundeswehrführung durchaus Leute gibt, die sich der politischen Realitäten bewusst sind. Auch höre ich, dass die Fotos aus den deutschen Tornados nur sehr gesiebt an die Amerikaner weitergereicht werden. Nach welchen Prämissen diese Aussiebung erfolgt, vermag ich nicht zu beurteilen. Hier sind alle Interpretationen denkbar.

Deutsche Truppenpräsenz ist nur von begrenztem Wert

Zur Realität gehört auch, dass deutsche Soldaten zum Teil wochenlang ihre Camps nicht mehr verlassen und sich gewissermaßen in einer Art „Hochsicherheitstrakt“ aufhalten, in dem sie sich hauptsächlich gegenseitig beschützen. Statten deutsche Politiker einen „Afghanistan-Besuch“ ab, dann landen sie nur wenige hundert Meter vom Camp entfernt, werden mit dem Jeep dorthin transportiert und nach kurzer Zeit wieder zurückgebracht. Das heißt, wir haben eine Situation, in der die deutsche Truppenpräsenz nur noch von begrenztem Wert ist. Und man kann der Bundesregierung nur zuraten, eher auf diesem Wege fortzufahren, als durch kämpferisches Vorgehen noch Öl ins Feuer zu gießen, wenn sich eine Beteiligung am „Anti-Terrorkampf“ schon nicht umgehen lässt.

conturen: In der Tat ist weder der Einsatz der westlichen Koalition in Afghanistan noch die Vorgehensweise der Truppen im einzelnen von der Mehrheit der Bevölkerung der jeweiligen Länder gebilligt...

Die Regierungen der kämpfenden Staaten handeln gegen den Willen ihrer Völker

Hörstel: Das Vorgehen der Koalition in Afghanistan ist weder durch das amerikanische und kanadische, noch durch das britische und auch nicht durch das deutsche Volk gedeckt. Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung lehnen eine Beteiligung Deutschlands am Einsatz in Afghanistan ab. Das heißt, alle Regierungen dieser so genannten Anti-Terror-Koalition arbeiten gegen den Willen ihrer jeweiligen Bevölkerung.

conturen: Was wären die Folgen eines weiteren wie auch immer gearteten militärischen Engagements Deutschlands in Afghanistan?

Terrorgefahr

Der Konflikt wird sich in unsere Breiten ausdehnen

Hörstel: Zunächst einmal werden wir steigende Verluste zu beklagen haben. Des weiteren wird Deutschlands Ruf in der islamischen Welt und in anderen Staaten der so genannten Dritten Welt beträchtlichen Schaden erleiden. Schon jetzt ist dieser Ruf schwer angeschlagen. Denn zunehmend wird Deutschland als Büttel amerikanischer Hegemonialinteressen und Dominanzansprüche im Hinblick auf Energierohstoffe betrachtet. Vor allem aber sind Folgen auf dem Gebiet des Terrorismus zu befürchten. Irgendwann werden sich diese Völker nämlich auch auf unserem Boden gegen unsere Beteiligung bei der Durchsetzung von amerikanischen Dominanzansprüchen wehren. Wir können doch nicht ernsthaft davon ausgehen, dass alles, was in Afghanistan und an anderen Plätzen geschieht, in einer Art „wertefreien Raum“ stattfindet und diese Völker nicht merken, dass wir daran beteiligt sind. Also werden sie zu uns kommen. So sehen es auch die Unionsabgeordneten Peter Gauweiler und Willy Wimmer.

Und noch eine vierte Folge muss genannt werden: Das ist der Verlust an Demokratie. Schon heute befinden wir uns auf dem besten Wege zum totalen Überwachungsstaat und in eine Demokratie, die nur noch eingeschränkt funktioniert aufgrund von Maßnahmen, die zur Abwehr vermeintlicher oder echter Terrorgefahren getroffen werden. Deshalb wehre ich mich auch so stark gegen unsere unehrlichen militärischen Auslandsengagements, weil sie im Umkehrschluss direkt unsere Demokratie bedrohen.

Überwachungsstaat gefährdet die Demokratie

conturen: Nun ist es doch schwer vorstellbar, dass sämtliche verantwortlichen Politiker in Unkenntnis der tatsächlichen Lage der Vorgänge in Afghanistan sind und dementsprechend handeln. Welche Rolle spielen beispielsweise die wissenschaftlichen Politikberater und Afghanistan-Experten bei der Beratung der Politik?

Hörstel: Die Rolle der Politikberater hat sich im Laufe der letzten zehn Jahre stark gewandelt. Wir hatten früher, als die Bundesregierungen noch eine andere Außenpolitik betrieben haben, nämlich immer im überparteilichen Konsens zwischen den beiden großen Volksparteien und stets unter Bedacht des Heraushaltens aus internationalen bewaffneten Konflikten, eine starke Expertisen-Situation. Seit die Bundesregierung nahezu in alle Welt Bundeswehrsoldaten entsendet und dies in einer Zahl von Engagements, die wahrhaft erstaunlich zu nennen ist und außerdem stark zunehmend moralische Fragen aufwirft, kommen die staatlich finanzierten Experteninstitutionen in eine Rolle hinein, in der sie wirken wie ein wissenschaftlicher Transmissionsriemen der bundesdeutschen Politik. Es kann doch nicht sein, dass aus der Stiftung Wissenschaft und Politik, der wichtigsten Beratungsinstitution der Bundesrepublik, kein einziger brauchbarer Vorschlag kommt, wie man den Afghanistan-Konflikt im echten Sinne entschärfen kann. Das lässt nur die Schlussfolgerung zu, dass die Wissenschaftler der Stiftung und ähnlicher Einrichtungen eben nicht frei agieren.

Wandelnde Rolle der Politikberater

Kein Vorschlag zur Entschärfung

Die Anbindung der Stiftung ist durch das Auswärtige Amt offenbar so eng und von einer Art geworden, dass man dort gewisse notwendige Gedanken nicht mehr denken oder zumindest nicht mehr zu Papier bringen darf. In Sachen Afghanistan wurden von einer Mitarbeiterin der Stiftung Ratschläge an zwei Ausschüsse des Deutschen Bundestages erteilt, wie man ein Hearing organisiert, in dem der Wählerwille mit Sicherheit nicht zum Tragen kommt. Das ist ein Vorgang von eklatanter Tragweite. Die wissenschaftlichen Institutionen dieser Republik, insoweit sie in den Opportunismus gezwungen worden sind, müssen sich neu besinnen, auf welcher Basis sie in der Zukunft weiterexistieren, wenn sie wissenschaftlich ernst genommen werden wollen. Natürlich gibt es auch Wissenschaftler ganz anderer Art. Insgesamt ist jedoch zu beklagen, dass wir über viel zu wenige Wissenschaftler verfügen, die auch mit der Gegenseite sprechen. So beklage ich besonders, dass wir nicht einen Wissenschaftler haben, der mit wichtigen Vertretern von Al-Qaida, mit Führern der Taliban oder mit den Führungskräften der Islampartei redet. Denn wenn nicht einmal Wissenschaftler mit diesen Leuten reden können – wer sollte es dann können?

Wissenschaftliche Institutionen werden in den Opportunismus gezwungen

Kein Experte redet mit Al-Qaida

conturen: Was müsste Ihrer Auffassung nach von europäischer, zumal von deutscher Seite geschehen?

Nicht für transatlantische Interessen Dinge tun, die wir moralisch ablehnen

Hörstel: Wir müssen, wie es auch der amerikanische Experte Barnett R. Rubin gemeinsam mit vielen anderen anspricht, unsere Politik radikal umstellen. Wir müssen damit aufhören, für transatlantische Interessen Dinge zu tun, die wir moralisch ablehnen. Wir müssen anfangen, mit den Völkern islamischen Glaubens so zusammen zu arbeiten, dass diese Völker als Ganzes diesem zustimmen können. Wir müssen aufhören, aus unserer hegemonialen Sichtweise heraus zu handeln. Wir müssen partnerschaftlicher in der ganzen Welt auftreten, insbesondere aber gegenüber den Muslimen, mit denen viele europäische Staaten eine Kolonialvergangenheit verbindet. Mitglieder der Europäischen Union haben diese Staaten und ihre Menschen unterdrückt oder diese Staaten überhaupt erst unterdrückerisch geschaffen – der Irak ist so entstanden, wenn ich daran erinnern darf. Worauf es ankommt, ist, eine Veränderung unserer Politik hin zu mehr moralischer Verantwortung gegenüber anderen Völkern als Grundlage unserer friedlichen Sicherheit und Zusammenarbeit mit dem Rest der Welt in der Zukunft.

Partnerschaftlich gegenüber den Muslimen

Der Krieg in Afghanistan führt in ein Desaster, das die Nato in ihren Grundfesten erschüttert und potenziell sogar zerstören kann. Und natürlich setzen wir auch für andere Muslime eine Agenda: Sie stellen fest, dass wir in Afghanistan morden, was wiederum zu einer Verbundenheit mit ihren Glaubensbrüdern in der gesamten islamischen Welt führt. Das westliche Verhalten in Afghanistan – nicht nur das amerikanische, auch das europäische – destabilisiert die gesamte islamische Welt. Regierungen in der islamischen Welt, die uns heute noch gewogen sind, leben täglich schwerer mit der Bürde, die wir ihnen durch unser Verhalten in Afghanistan oder im Irak auferlegen. Wenn wir nicht dafür sorgen, dass in Tschetschenien die Menschenrechte beachtet werden, wenn wir nicht Israel in die Schranken weisen in seinem Verhalten gegenüber den Palästinensern, wenn wir nicht dafür sorgen, dass der Libanon freier und souveräner agieren kann und nicht damit aufhören, Syrien und Iran unter Druck zu setzen, wenn wir nicht dafür eintreten, dass im indischen Teil von Kaschmir die Muslime mehr Menschenrechte zugebilligt bekommen, dann kann das für unsere Position in der Welt nicht gut sein. Ich möchte mit dieser Aufzählung nur klarmachen, wie weiträumig und wie zahlreich die Fälle inzwischen sind, in denen wir eine falsche Politik betreiben.

Das westliche Verhalten in Afghanistan destabilisiert die gesamte islamische Welt

Zahlreiche Beispiele einer falschen Politik

conturen: Gibt es von deutscher Seite Kontakte zu den Taliban?

Hörstel: Nach meinen Information gibt es solche Kontakte. Zum Beispiel sind dem BND die fünf wichtigsten Repräsentanten der Taliban in Kundus mit Namen und Hausadresse bekannt. Was ich für schwierig halte, ist die politische Begleitmusik. Wenn beispielsweise in der „Süddeutschen Zeitung“ zu lesen steht, man dürfe mit den Taliban nur verhandeln, wenn man sie spalten wolle, oder wenn ein Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin ebenfalls dringend dazu rät, die Taliban zu spalten,

Schwierige Kontake zu den Taliban

dann zeugt das von einer eklatanten Unkenntnis der Lage vor Ort. Jeder Versuch in dieser Richtung würde zu kontraproduktiven Ergebnissen führen. Diese selbsternannten Experten zu diesem Thema untergraben mit solchen Bemerkungen a priori die Verhandlungsposition der Bundesregierung gegenüber den Taliban. Man sollte sich vor solchen Illusionen hüten wie der, dass die Taliban zu dumm wären, Nachrichten dieser Art zu sammeln und nach Afghanistan zu übermitteln. Wir können mit Gewissheit davon ausgehen, dass sie über den Inhalt solcher Texte gut informiert sind.

Ein Versuch, die Taliban zu spalten, wäre kontraproduktiv

Tatsache ist doch, dass es keine militärische Lösung in Afghanistan gibt. Der Krieg ist militärisch niemals zu gewinnen. Eine Viertelmillion Koalitionstruppen am Hindukusch werden das Problem nicht bereinigen. Eine Million Mann kann möglicherweise eine Friedhofsruhe in Afghanistan herstellen, aber nicht das, was wir eine stabile politische Situation nennen. Das müssen wir uns vor Augen führen, wenn wir politisch handeln wollen. Die Art, wie wir mit den Taliban reden, verhindert, dass wir in Zukunft mit den Taliban auch positive Ergebnisse erzielen. Es gibt nur ein praktikables Vorgehen in Afghanistan – das sage ich nach 22 Jahren Erfahrung mit der islamischen Bewegung in diesem Land – und das ist die ehrliche, gerade Art, die dann auch wahr macht, was gesagt wird. Wenn das von unserer Seite nicht geschieht, dann bleiben wir nicht nur unter dem Niveau der Taliban, sondern wir geben ohne Not Einwirkungsmöglichkeiten bei den Taliban aus der Hand, die wir hätten, wenn wir aufrichtig agierten. Und das sollte sofort geschehen. Denn die Zeit arbeitet für die Taliban. Wir müssen sogar aufpassen, dass die Taliban nicht in eine Position geraten, wo sie zu stark sind, um mit uns zu verhandeln. Dann haben wir dort nichts mehr zu bestellen.

Militärisch könnte man mit höchstem Aufwand maximal Friedhofsruhe erzwingen

Taliban könnten zu stark für Verhandlungen werden

conturen: Gibt es aus Ihrer Sicht Taliban-Politiker, mit denen ein pragmatischer Umgang bis hin zu konkreten Verhandlungen möglich wäre?

Hörstel: Es ist noch nicht lange her, da behauptete der Kölner Politikwissenschaftler Lothar Rühl in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, es gebe in Afghanistan keinen für den Westen infrage kommenden Gesprächspartner. Das ist ungefähr die größte Arroganz politischer Art, der ich in diesem Zusammenhang je begegnet bin. Wir haben bei den Taliban in der so genannten Rahbari Shura – das ist der Führungsrat der Taliban – eine Gruppe von islamischen Politikern, die alle, freilich in unterschiedlicher Ausformung, durchaus in der Lage sind, vertrauensvolle, glaubwürdige Verhandlungen zu führen. Mit diesen Menschen müssen wir uns an einen Tisch setzen. Das geht zunächst einmal sicher nicht auf direktem Weg. Aber wenn wir es ernsthaft wollen, lässt sich ein solcher Weg durch Unterhändler jederzeit finden. Auf diese Weise können Verabredungen getroffen werden, die auch eingehalten werden. Man kann sogar soweit gehen, dass man in einem etwas fortgeschrittenen Stadium die Taliban-Führung dazu bringt, sich zu verpflichten, selbst gegenüber anderen Widerständlern, die nur locker mit ihnen verbunden sind, die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen durchzusetzen. Das kann man der Taliban-

Vertrauensvolle und glaubwürdige Verhandlungen sind möglich

Zuhören lernen

Führung zutrauen. Und vor allem sollte man bei den Gesprächen mit den Taliban-Führern zunächst einmal zuhören lernen.

conturen: Inzwischen ist George W. Bush offensichtlich politisch stark angeschlagen. Wie mächtig schätzen Sie seine Position noch ein, um auf die Vorgänge in Afghanistan und im Irak nachhaltig Einfluss nehmen zu können?

Hörstel: In Afghanistan und im Irak gibt es eine gewisse Überzeugung zur Kontinuität. Große gravierende Ausschläge in der amerikanischen Außenpolitik wird man auch unter einem demokratischen Präsidenten kaum feststellen. Dafür gibt es einen plausiblen Grund: Die amerikanischen Industrieinteressen dominieren die amerikanische Politik – nicht die Parteien. Insofern wird jeder amerikanische Präsident sich einer ungeheuer starken Begehrlichkeitsstruktur der amerikanischen Industrie, insbesondere der Energierohstoffindustrie, gegenüber sehen, gegen die er nicht regieren kann. Die USA sind in Afghanistan wegen einer Doppel-Pipeline und wegen der Einkreisung des Irans und Chinas. Eben weil diese Länder eingekreist werden sollen – dafür hat man schließlich im Irak-Krieg schon sehr viel Geld ausgegeben – und weil völlig klar ist, dass, würde man den Irak verlassen, Iran der Kriegsgewinner wäre, können sich die USA aus dieser Einkreisungssituation heraus einen Abzug aus dem Irak nicht leisten. Auch besteht für sie fast ein zwanghaftes Begründungsgeflecht, den Iran zu überfallen.

In den USA bestimmen Industrieinteressen die Politik, nicht die Parteien

Ein Zwang zum Überfall auf den Iran

conturen: Steht ein Krieg der USA gegen Iran tatsächlich noch immer auf der Agenda?

Hörstel: Meiner Überzeugung nach steht ein solcher Krieg auf der Agenda aller US-Administrationen der nächsten 20 Jahre, solange bis es gelungen ist, diesen Krieg zu führen. Was nicht gelingen kann, ist eine Besetzung des Irans oder die Herbeiführung eines Zustandes, wie wir ihn jetzt im Irak oder in Afghanistan haben. Aber was gelingen kann, ist ein Bombardement, ein Luftkrieg gegen das iranische Volk in einer entsetzlichen Breite und natürlich wieder mit Uran-Waffen. Dieser Krieg wird das iranische Volk – das kann man in den amerikanischen Strategie-Papieren nachlesen – um 20 bis 40 Jahre zurückbomben in der Geschichte. Alle Bestrebungen zielen darauf hin, dass, wenn die USA den Iran schon nicht beherrschen können, auch niemand anderer Zugriff auf seine Energierohstoffe bekommt. Der Irak liegt heute bei unter 10 Prozent seiner Förderkapazität. So kommt niemand an das flüssige Gold im Irak heran und so soll niemand an das Öl und an das Gas im Iran herankommen, solange die Amerikaner es nicht können. Damit ist ein Ausbeutungspatt hergestellt, unter dem nichts mehr geht als die Befriedigung eines Minimums der amerikanischen Dominanzansprüche. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges liegt das zentrale Interesse der amerikanischen Militärpolitik in dieser Weltregion, deshalb nennen sie diesen Militärbezirk auch „Central Command“. Wenn wir uns das vor Augen führen, wissen wir, dass der Iran dieser Falle nicht entrinnen kann. In Afghanistan werden die USA, gerade weil sie im Irak verloren haben, mit allen Mitteln versuchen, nicht zu verlieren. Eher lässt man

Unzugängliche Bodenschätze des Iran

In Afghanistan versuchen die USA, nicht zu verlieren

Afghanistan ins Chaos abgleiten, wo es schon einmal in den 90er-Jahren war, um dann in den Trümmern unter verwilderten und hungrigen Menschen eine neue wunschgemäße Regierung zu installieren, wie seinerzeit die Taliban und alles noch einmal von vorne zu beginnen.

Abgleiten ins Chaos

conturen: Würden Sie eine Einschätzung der Entwicklung in Afghanistan für die absehbare Zukunft wagen?

Hörstel: Für die nächsten zwölf Monate wage ich die Prognose, dass sich alles noch viel schlimmer entwickeln wird, als die Situation jetzt schon ist. Wir werden möglicherweise in zehn Jahren wissen, dass wir im Jahr 2007 eine Chance auf einen nachhaltigen Frieden und eine Beseitigung des Terrorsyndroms in Afghanistan verpasst haben. Deshalb werden wir nach unserem Disengagement, das irgendwann kommen muss, außenpolitisch nur noch die Funktion eines Reparaturbetriebs ausüben können als Folge der Fehler, die wir im Jahr 2007 begangen haben. Den vernünftigen Kräften in der deutschen Politik ist es nicht gelungen, ein Blankomandat für die Beteiligung Deutschlands am Einsatz in Afghanistan zu verhindern mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. So wird Deutschland weiter seine schattenhafte Politik an der Seite seiner Verbündeten in Afghanistan betreiben und weitere Operationen der Taliban gegen sich herausfordern. Die Situation im Norden Afghanistans wird sich verschlechtern und im Süden noch viel schlechter werden. Die Einflussgebiete der Taliban werden von zwei Dritteln auf drei Viertel und vier Fünftel wachsen. Insgesamt findet also eine beträchtliche Verschlechterung der Situation statt, was – jetzt noch gegebene – positive Lösungsmöglichkeiten mit großer Wahrscheinlichkeit verhindern wird. Eine gute Chance für diesen Verlust von Lösungsmöglichkeiten sehe ich nur noch für die nächsten zwölf Monate. Das ist meine zugegebenermaßen sehr traurige Prognose.

Außenpolitik der Zukunft wird Fehler der Gegenwart reparieren müssen

Die Situation wird sich beträchtlich verschlechtern